Faktencheck der SPIEGEL-Dokumentation

Vom sozialverträglichen Nikotintod

DAS PROBLEM Draußen vor der Tür stehen die Raucher und erzählen sich Geschichten. Eine lautet, ihre Sucht schade der Allgemeinheit nicht, sondern trage im Gegenteil zur Gesundung der öffentlichen Kassen bei. Der Grund: Sie würden ja früher sterben als Nichtraucher.

Tatsächlich legten die beiden Karlsruher Finanzwissenschaftler Florian Steidl und Berthold Wigger jüngst in einer Studie dar, dass „Rauchen netto eher zu einer Entlastung als zu einer Belastung von Sozialversicherten und Steuerzahlern“ führt. Ist das richtig?

FÜR UND WIDER Untersuchungen zu den Folgekosten des Rauchens gibt es zuhauf. Die Ergebnisse fallen je nach Methode unterschiedlich aus. So sprechen Hamburger Wissenschaftler um Michael Adams und Tobias Effertz von einer „Umverteilung“ der Kosten des Rauchens auf die Allgemeinheit. Effertz kalkuliert allein die Bruttokosten im medizinischen Bereich auf rund 12,8 Milliarden Euro jährlich.

Die Karlsruher Studie zielt nicht auf die jährlichen Brutto-, sondern auf die Nettokosten eines ganzen Raucherlebens. Das heißt, sie stellt die von Rauchern und Exrauchern verursachten Kosten einer Vergleichsgruppe von „Nie-Rauchern“ gegenüber, wobei Letztere im Schnitt fünf Jahre länger leben und entsprechend länger Sozialleistungen in Anspruch nehmen können.

Die Nettokosten des Rauchens haben die Karlsruher – auf Basis des Jahres 2011 – für eine Lebensdauer von 89 Jahren hochgerechnet. Das ergibt allein medizinische Kosten des Rauchens von insgesamt 65,2 Milliarden Euro. Dazu kommen 92,4 Milliarden Euro für Erwerbsminderungs-, Witwen- und Dienstunfähigkeitsbezüge bzw. -renten.

MARTIN LANGER / AGENTUR FOCUS

Da Raucher kürzer leben, beziehen sie weniger Renten und Pensionen. So entsteht, wie Ökonomen sagen, ein „death benefit“ von 193,9 Milliarden Euro.

Derart gerechnet, beschert das Rauchen den Sozialkassen im Saldo Mehreinnahmen von über 36 Milliarden Euro. Zählt man 375,7 Milliarden Euro Tabaksteueraufkommen dazu, macht die öffentliche Hand mit der Nikotinabhängigkeit der Bürger ein sattes Plus.

Die Studie der Karlsruher Wissenschaftler Steidl und Wigger hat jedoch allerlei indirekte Raucherkosten nicht berücksichtigt, etwa „mortalitätsbedingte“ Einkommenseinbußen und Ausfälle bei Hausarbeiten oder bei der familiären Betreuung von Kindern und Kranken. Die Hamburger Forscher schätzen diese auf knapp 20 Milliarden Euro per annum. Davon schlägt allerdings nur der Steuer- und Sozialversicherungsanteil bei den öffentlichen Kassen zu Buche.

Bleibt zudem der Wert des Lebens an sich.

FAZIT Das Rauchen entlastet offenbar tatsächlich die öffentlichen Kassen. Dennoch ist der Schutz des Lebens vorrangige Aufgabe des Sozialstaates. Den früheren Tod von knapp der Hälfte der Bevölkerung (Raucher und Exraucher) schlicht als „death benefit“ zu werten ist bloß ein technisch zu verstehendes Resultat moderner Ökonomie.

Hauke Janssen